

Rother Baron:

# Inneres und äußeres Wachstum

*Die Paradoxie eines nachhaltigen  
Wirtschaftswachstums*

---



Trotz der schon seit über 50 Jahren geführten Diskussion über die "Grenzen des Wachstums" ist "Wachstum" noch immer die zentrale Kennziffer der Wirtschaftspolitik. Dies konterkariert die Nachhaltigkeitsziele, die zu erreichen in Zeiten von Artenschwund und Klimawandel immer dringlicher wird.

## Inhalt

<b>Bruttonationalglück: Wachstum auf Bhutanisch.....</b>	<b>4</b>
<b>Das selbstzerstörerische Konstrukt eines immerwährenden Wirtschaftswachstums .....</b>	<b>6</b>
.....	6
Wenn das Wachstum seine eigenen Grenzen sprengt .....	7
Wachstum und Nachhaltigkeit: ein Widerspruch in sich .....	8
Der "Green New Deal": Alter Wein in neuen Schläuchen .....	9
Der Konsumrausch als Nachhaltigkeitskiller .....	10
Rebound-Effekte: Die zerstörerische Dynamik des guten Gewissens .....	11
Fataler Kreislauf aus Wählererwartungen und Wahlversprechen .....	13
Der Teufelskreis der Wachstumsspirale .....	14
<b>Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft .....</b>	<b>16</b>
Die ökonomische Ebene .....	17
Prinzip der Ressourcenschonung .....	17
Prinzip der Kreislaufwirtschaft .....	17
Prinzip der Solidität .....	18
Prinzip der Regionalität .....	18
Prinzip der Suffizienz .....	19
Prinzip der Solidarität .....	19
Prinzip der Humanität .....	19
Prinzip der Naturverträglichkeit .....	20

Die politische Ebene.....	20
Veränderter Demokratiebegriff .....	20
Veränderter Arbeitsbegriff.....	20
Veränderter Bildungsbegriff.....	22
<b>"Glück" als Staatsziel? .....</b>	<b>23</b>
Der Staat als Garant des Fundaments individuellen Glücks in Bhutan .....	24
Leben in Bhutan: Ideal und Wirklichkeit.....	25
Erschwerung individuellen Glücks durch die Wachstumsideologie.....	27
<b>Literatur .....</b>	<b>29</b>

**Cover-Bild:** *Banana Republic: Buddhakopf in einem Park in  
Thailand (Fotolia)*

**Informationen über den Autor** finden sich auf seinem Blog  
([rotherbaron.com](http://rotherbaron.com)) und auf Wikipedia.

## Bruttonationalglück: Wachstum auf Bhutanisch

Als Jigme Singye Wangchuk, der vierte König von Bhutan, 1979 von einem Journalisten nach der Höhe des Bruttonationaleinkommens seines Landes gefragt wurde, entgegnete er, in Bhutan orientiere man sich eher am Bruttonationalglück (vgl. Dorji 2008). Dieses Konstrukt war damals zwar – anders als heute, wo "the pursuit of Gross National Happiness" in Bhutan Verfassungsrang genießt (Art. 9, Abs. 1) – lediglich eine "intuitive Vision" des Königs (vgl. ebd.). Trotzdem problematisierte dieser eben hiermit – aus der Distanz einer majestätischen Ironie – die Voraussetzungen, auf denen die Frage des Interviewers beruhte.

Die Gegenüberstellung von "Bruttonationalglück" und "Bruttonationaleinkommen" verdeutlicht, dass Letzteres nationalen Wohlstand auf äußere, materielle Indikatoren reduziert. Dem stellt der König ein Konzept gegenüber, das auch innere, nicht eindeutig messbare Indikatoren berücksichtigt.

Nun könnte man einwenden, dass ein höheres bzw. steigendes Bruttonationaleinkommen oder Bruttoinlandsprodukt auch ein Indikator für eine hohe Lebenszufriedenheit des betreffenden Volkes sei, weil diese eben ganz wesentlich auf einem hohen Standard bei den materiellen Rahmenbedingungen beruhe. Dies ist insofern nicht falsch, als natürlich eine ausgewogene Ernährung, hinreichende medizinische Versorgung und angemessene Wohnbedingungen auch für inneres, subjektives Glückserleben unverzichtbar sind.

Daraus lässt sich allerdings nicht der Schluss ziehen, dass ein beständig steigendes Bruttonationaleinkommen notwendigerweise beständig steigende Glücksgefühle in der Bevölkerung zur Folge

haben muss. Ganz abgesehen davon, dass der dadurch generierte Reichtum in den westlichen Gesellschaften ungleich verteilt ist und somit nicht alle gleichermaßen am wirtschaftlichen Wachstum partizipieren, zeigen Studien zur Lebenszufriedenheit, "dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an subjektiv empfundenem Wohlbefinden stiftet" (Paech 2012a: 5; vgl. Layard 2005).

Aus eben dieser Einsicht speist sich auch die heutige Konzeption des bhutanischen Bruttonationalglücks. Sie trägt zwar durchaus der Tatsache Rechnung, dass auch materielles "Vermögen (...) notwendig" ist. Dies bestätigt auch Karma Ura, der langjährige Leiter des Centre for Bhutan Studies in der bhutanischen Hauptstadt Thimphu und Koordinator von Forschungen zum Bruttonationalglück.

Dies gilt ihm zufolge aber "nur in dem Maße, wie es [materielles Vermögen] zu Freiheit von Not verhilft und den Menschen erlaubt, ein glückliches Leben zu führen". Dagegen sei die "Anhäufung von Vermögen" ein "leerer Wert, wenn alles menschliche Bemühen sich darauf konzentriert und wenig Raum für Freiheit (...) und Glück (...) bleibt" (Karma Ura 2010: 6).

## Das selbstzerstörerische Konstrukt eines immerwährenden Wirtschaftswachstums



*Ich einfach: Apokalypse (Pixabay)*

## Wenn das Wachstum seine eigenen Grenzen sprengt

Wirtschaftliches Wachstum und der damit einhergehende immerwährende "Konsumrausch", der ja schon in seinem Namen seine Wahnhaftigkeit andeutet, führen, wie oben dargelegt, ab einem bestimmten Punkt zu keinem weiteren Zugewinn an persönlichem Glück. Dass dennoch an dieser Wirtschaftskonzeption festgehalten wird, wiegt umso schwerer, als ungebremstes Wachstum auf Dauer auch die materiellen Grundlagen zerstört, auf denen die bisherige relative Lebenszufriedenheit beruhte.

Dies wurde bereits 1972 von Meadows et al. in ihrer bahnbrechenden Studie zu den "Grenzen des Wachstums" anhand detaillierter Modellrechnungen nachgewiesen. In der vom Club of Rome, einer multinationalen Vereinigung hochrangiger Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens, initiierten Untersuchung wurden verschiedene Szenarien der Interdependenz zentraler, global wirksamer sozioökonomischer Entwicklungen durchgespielt. So wurde etwa erforscht, wie sich Bevölkerungswachstum, Rohstoffabbau, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelversorgung, Energiebedarf oder auch der Landverbrauch gegenseitig beeinflussen.

Alle Szenarien führten zu dem Ergebnis, dass eine unveränderte Fortschreibung der bisherigen Wirtschafts- und Lebensweise innerhalb von 50 bis 100 Jahren einen Kollaps des Gesamtsystems, verbunden mit einem deutlichen Absinken des allgemeinen Lebensstandards, zur Folge hätte. Laut den Studienergebnissen wäre eine solche Entwicklung selbst im Falle verbesserter Geburtenkontrolle, einem intensivierten Umweltschutz und technischer Entwicklungen, die etwa zu einer optimaleren Nutzung der land-

wirtschaftlichen Ressourcen und der Rohstoffvorräte führen würden, kaum zu vermeiden gewesen.

Dieser Befund wurde auch in Folgestudien aus den Jahren 1992, 2004, 2012 und 2022, die neuere Entwicklungen berücksichtigten und zueinander in Beziehung setzten, bestätigt. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels und des ungebremsen Raubbaus an den natürlichen Ressourcen zeichnen sich die Prognosen tendenziell sogar durch eine zunehmende Skepsis hinsichtlich eines möglichen Umsteuerns aus.

### **Wachstum und Nachhaltigkeit: ein Widerspruch in sich**

Die Veröffentlichung der ersten Studie zu den "Grenzen des Wachstums" stand in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Ölkrise des Jahres 1973, die den westlichen Ländern die Vulnerabilität ihrer Wirtschaftsweise vor Augen führte.

Die Untersuchung fiel daher durchaus auf fruchtbaren Boden. Sie leitete ein Umdenken ein, als dessen Leitbegriff sich das Ideal der "Nachhaltigkeit" herauskristallisierte. Die schonendere und effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen war dadurch bald ein allgemein anerkanntes Ziel. So hat die Studie insbesondere in der Recycling-Wirtschaft und beim Bemühen um einen sparsameren Umgang mit Energie wichtige Anstöße gegeben.

Aus heutiger Sicht sind die im Anschluss an die Studie entwickelten Nachhaltigkeitskonzepte jedoch auch ein Beleg für die Unverträglichkeit von Nachhaltigkeitsidealen und Wachstumsideologie. So waren beispielsweise die Fischfarmen, mit denen die Überfischung der Meere eingedämmt werden sollte, anfangs ein wichtiger Baustein im Rahmen des geforderten nachhaltigeren Um-



gangs mit der Natur. Durch die Übertragung der Wachstumsmaximen auf diese Form der Fischzucht haben die Fischfarmen mittlerweile jedoch vielfach eine solche Größe erreicht, dass sie das Gegenteil des ursprünglich Bezweckten bewirken.

Insbesondere der Austritt der Fischexkrementen aus den Farmen und undichte Netze, die ganze Schwärme der gezüchteten Fischarten in die Umgebung entweichen lassen, führen nicht selten zu einer empfindlichen Störung der Ökosysteme. Abgesehen davon hat das Zusammenpferchen Tausender von Fischen in engen Zuchtbecken natürlich nichts mit artgerechter Haltung zu tun.

### **Der "Green New Deal": Alter Wein in neuen Schläuchen**

Das Beispiel der Fischfarmen zeigt, dass das Modell des nachhaltigen Wachstums in sich widersprüchlich ist. Denn es geht dabei eben nicht um eine Abkehr von der bisherigen Wirtschaftsform. Angestrebt werden vielmehr Korrekturen, mit denen gerade der Fortbestand der wachstumsbasierten Ökonomie sichergestellt werden soll.

Nichts veranschaulicht dies deutlicher als das Zauberwort, mit dem die Wirtschaft auf die Zeit nach dem Ende der fossilen Rohstoffe vorbereitet werden soll. Der "Green Deal" soll eben nicht Wege jenseits der Wachstumsideologie eröffnen, sondern gerade die "Versöhnung von Ökonomie und Ökologie" unter der Fahne der Wachstumswirtschaft ermöglichen.

Bezeichnend war in dieser Hinsicht bereits das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz", mit dem die deutsche Bundesregierung die 2008 ausgebrochene weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise einzudämmen versuchte. Das Wortungetüm impliziert, dass Nach-

haltigkeit zwar erwünscht ist, wo sie dem Wirtschaftswachstum dient, dass im Zweifelsfall aber ein nicht-nachhaltiges Wachstum einer nicht-wachstumsorientierten Nachhaltigkeit vorzuziehen sei.

So wurde zwar der als Konjunkturmaßnahme eingeführten Abwrackprämie durch die Etikettierung als "Umweltprämie" ein grüner Anstrich verpasst. De facto war die massenhafte Verschrottung fahrtüchtiger Autos, die durch energieintensiv produzierte, nicht notwendigerweise spritsparende Neuwagen ersetzt wurden, allerdings das genaue Gegenteil einer am Kriterium der Nachhaltigkeit orientierten Wirtschaftspolitik.

In ähnlicher Weise wurde auch im Fall der Coronakrise die Chance verpasst, den erzwungenen Einschnitt für einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik zu nutzen. Stattdessen wurde erneut mit einem "Wachstumschancengesetz" reagiert, das eine schnellstmögliche Rückkehr zum Business as usual gewährleisten sollte.

### **Der Konsumrausch als Nachhaltigkeitskiller**

Das Postulat eines nachhaltigen Wachstums erweist sich so als Widerspruch in sich. Denn während ein nachhaltiges Wirtschaften im Interesse eines schonenden Umgangs mit den Ressourcen durchaus auch Wachstumspausen oder einen zumindest zeitweiligen Wachstumsrückgang in Kauf nehmen würde, ist für eine auf Wachstum fixierte Ökonomie jede Stagnation oder gar Rezession gleichbedeutend mit einer Wirtschaftskrise.

In sich widersprüchlich ist folglich auch das Verhalten von Bevölkerung und Regierungen in Staaten, die sich dem paradoxen Kon-

strukt eines "nachhaltigen Wachstums" verschrieben haben. Zwar wird die Einsparung von Ressourcen hier gefördert oder – wie im Falle der LED-Technologie – per Verbot der energieintensiven Variante erzwungen. Die sich hieraus ergebenden umweltschonenden Effekte werden jedoch durch die Förderung des Konsums, der unverändert als zentrale Stütze der Wirtschaft gilt, konterkariert. Um nämlich die Bevölkerung zum Kauf immer neuer Produkte anzuregen, müssen diese entweder so konstruiert sein, dass sie nur eine begrenzte Zeit halten (Stichwort "Obsoleszenz"), oder es werden neuartige Produkte auf den Markt gebracht, deren Unverzichtbarkeit dann durch entsprechende Werbekampagnen suggeriert wird.

Dieser Produktkreislauf widerspricht dem Nachhaltigkeitskriterium gleich in mehrfacher Hinsicht. Zum einen sind die Vergöttlichung des Neuen um seiner selbst willen und die Förderung der Wegwerfmentalität natürlich schon an sich alles andere als nachhaltig. Zum anderen wird aber auch bei den qualitativ neuen Produkten einseitig der Aspekt der Konsumförderung in den Vordergrund gestellt. Der durch sie entstehende zusätzliche Energieverbrauch wird dagegen kaum thematisiert. So werden auch objektiv überflüssige Produkte wie Laubbläser oder Alleskönner-Küchengeräte mit Macht in den Markt gedrückt.

### **Rebound-Effekte: Die zerstörerische Dynamik des guten Gewissens**

Die Konsumorientierung der Wachstumswirtschaft trägt folglich auch zur Verstärkung von Risiken bei, die dem Bemühen um einen schonenderen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen

ohnehin inhärent sind. Dabei handelt es sich insbesondere um die so genannten "Rebound-Effekte".

Gemeint sind damit Entwicklungen, bei denen die durch technologische Innovationen erzielte effizientere Ressourcennutzung durch ein dem widersprechendes Konsumverhalten eingeschränkt, zunichte gemacht oder – als so genannter "Backfire-Effekt" – sogar ins Gegenteil verkehrt wird (vgl. Hänggi 2008: 81 ff.; Paech 2014). Zu denken ist dabei etwa an die intensivere – weil kostengünstigere – Nutzung energieeffizienter Produkte (wie beispielsweise benzinsparender oder elektrisch betriebener Autos) oder an die Verwendung des eingesparten Geldes für nicht-nachhaltige Ausgaben (wie beispielsweise einen Zweitwagen oder eine Fernreise).

Verstärkt werden derartige Verhaltenstendenzen zudem durch die aus der Sozialpsychologie bekannte Neigung des Menschen, moralisches gegen unmoralisches Verhalten aufzurechnen. So hat etwa ein an der Universität Toronto durchgeführtes Experiment gezeigt, dass Probanden im Anschluss an den Kauf von Bio-Produkten in einer anschließenden Gruppensituation eher zu nicht-altruistischem oder gar betrügerischem Verhalten tendierten (vgl. Mazar/Zhong 2010).

Übertragen auf die Bemühung um Nachhaltigkeit bedeutet dies, dass beispielsweise Fahrer eines umweltfreundlicheren Hybrid- bzw. Elektro-Autos oder Nutzer von Carsharing-Angeboten sich eher dazu berechtigt fühlen könnten, an anderer Stelle ein weniger nachhaltiges Verhalten an den Tag zu legen.

Derartige Verhaltensweisen werden auch durch Tendenzen der Werbewirtschaft gefördert, den Kauf bestimmter Produkte

dadurch als unbedenklich hinzustellen, dass die entsprechenden Unternehmen vollmundig Investitionen in angeblich nachhaltige Projekte ankündigen. Ein solches "Greenwashing" hält allerdings oft nicht, was es verspricht, und suggeriert zweitens, dass mangelnde Nachhaltigkeit auf der einen Seite des Planeten durch kompensatorische Projekte andernorts kompensiert werden könne – was angesichts der Eigendynamik der Ökosysteme kaum möglich ist. Insbesondere wird hierdurch das eigentlich notwendige radikale Umdenken im Konsumverhalten als verzichtbarer Luxus hingestellt.

Ähnliche Mechanismen sind auch im Bereich der Energiepolitik zu beobachten. Die Erzeugung von Energie aus "erneuerbaren" Quellen dient hier ebenfalls als Legitimation für die Beibehaltung einer energieintensiven Lebensweise, die selbst alles andere als nachhaltig ist. Dies ist auch deshalb fatal, weil insbesondere die Windkraft das Nachhaltigkeitsversprechen, mit dem ihre Profiteure sie umkränzen, noch nicht einmal selbst erfüllt (vgl. RB 2023).

### **Fataler Kreislauf aus Wählererwartungen und Wahlversprechen**

Als zusätzliches Hindernis für eine stärkere Verankerung des Nachhaltigkeitskriteriums im Alltag erweist sich die Tatsache, dass die politischen Entscheidungsträger zwar ständig vom mündigen Bürger reden, faktisch aber nicht an dessen Existenz glauben oder sie sogar fürchten. So versuchen sie das erwünschte Verhalten der Bevölkerung weniger durch Überzeugungsarbeit als vielmehr durch eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik aus finanziellen Anreizen und Verboten zu erreichen.

Für eine Problematisierung der oben beschriebenen, unbewusst ablaufenden Mechanismen wäre jedoch gerade die Förderung kritischer Selbstreflexion notwendig. Diese müsste dann freilich auch eine Infragestellung der in sich widersprüchlichen politischen Vorgaben für gleichzeitig nachhaltiges und konsumfreudiges Verhalten der Bürger zur Folge haben.

Bleibt die Frage, warum die Politik wider besseres Wissen so hartnäckig an der Wachstumsideologie festhält. Darauf gibt es drei Antworten.

Die erste Antwort ist demokratiethoretischer Natur und betrifft die Logik von Wahlen in einer repräsentativen Demokratie. Ein Politiker, der hier das Schlagwort "Suffizienz" (vgl. Linz 2014) in den Mund nähme, also die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in unserem Verständnis von Wohlstand betonen und die Anhäufung materieller Güter um ihrer selbst willen problematisieren würde, müsste befürchten, damit seine Wahlchancen zu gefährden. Die Tatsache, dass er dies weiß, führt zu einer Bestärkung der Wählererwartungen durch entsprechende, den Status quo feiernde und patriotisch überhöhende Werbekampagnen.

### **Der Teufelskreis der Wachstumsspirale**

Die Fixierung der Politik auf die Wachstumswirtschaft hat zweitens auch fiskalpolitische Ursachen. Denn der Staat ist für die Bewältigung seiner Aufgaben auf stabile Geldzuflüsse angewiesen, wie sie durch die beständige Ankurbelung des Konsums zu generieren sind. (vgl. Seidl/Zahrnt 2012: 20 ff.). Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der Sozialversicherung, wo eine

alternde Gesellschaft immer stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist.

Drittens schließlich ist die Wachstumswirtschaft eng mit einem Verständnis von Arbeit verbunden, das diese einseitig als "Erwerbsarbeit" definiert. Dies liegt daran, dass Arbeit als festes Rädchen in die konjunkturelle Wachstumsspirale eingepasst ist: Konjunkturelles Wachstum führt zu steigenden Löhnen, diese fördern die Konsumbereitschaft, was wiederum die Produktion ankurbelt, usw.

Der Kreislauf der Wachstumsökonomie legt die in ihr Agierenden damit auf eine Konzeption von Arbeit fest, bei der die Arbeitskraft wie ein zu veräußerndes Gut von den Arbeitenden abgetrennt wird. Diesem entfremdeten Verständnis von Arbeit entspricht ein entfremdetes Verständnis von Glück, dessen Realisierung nur über die Anhäufung materieller Güter möglich erscheint.

## Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft



*Dorothe Wouters (Darkmoon\_Art): Brücke in den Wolken (Pixabay)*



## Die ökonomische Ebene

Der Weg von einer Wachstumsökonomie zu einem dem bhutanischen Bruttonationalglück analogen Konstrukt wäre fraglos sehr lang. Entsprechende Versuche müssten mit fundamentalen Änderungen einhergehen. Diese hätten sowohl auf der im engeren Sinne ökonomischen als auch auf politisch-gesellschaftlicher Ebene zu erfolgen.

Was zunächst die ökonomische Ebene anbelangt, so müsste eine nachhaltige Wirtschaft sich hier an den folgenden Prinzipien orientieren:

### *Prinzip der Ressourcenschonung*

Eine nachhaltige Wirtschaft dürfte stets nur die Ressourcen verbrauchen, die für den jeweiligen Produktionszweck unbedingt erforderlich sind. Anti-Beispiel: die Vernichtung von Regenwald für die Produktion von Soja, mit dem dann Tiere gefüttert werden, die in Schlachthöfen in industriellen Massentötungsverfahren zu mundgerechten Häppchen verarbeitet werden.

Nachhaltig wäre hingegen der Verzicht auf so produziertes Fleisch und der direkte Verzehr von Soja durch den Menschen. Hierfür müsste weit weniger Soja produziert werden, so dass kein weiterer Regenwald für den Anbau zerstört zu werden hätte.

### *Prinzip der Kreislaufwirtschaft*

Eine nachhaltige Wirtschaft müsste den Müll auf ein Minimum reduzieren. Dies wird zwar auch jetzt schon – u.a. mit diversen

EU-Richtlinien – angestrebt. Dabei geht es jedoch stets nur um einzelne Produkte.

Stattdessen müsste grundsätzlich überall dort, wo die Wiederverwendung von Verpackungen oder die Umstellung auf ressourcenschonende Verpackungen möglich ist, dies auch zwingend vorgeschrieben werden. Es dürfte auch niemandem – wie dies heute etwa bei all den vielen Umsonstblättchen, Wurfsendungen und Werbegeschenken der Fall ist – gegen seinen Willen ein Produkt aufgezwungen werden.

### *Prinzip der Solidität*

Es ist grundsätzlich eine lange Haltbarkeit von Produkten anzustreben. Die Erneuerung der Produkte ist nur dann vorzusehen, wenn – wie dies etwa bei modernen Kühlschränken der Fall sein kann – deren Nutzen für die Umwelt größer ist als der durch die Verschrottung zu erwartende Schaden.

### *Prinzip der Regionalität*

Regionale, sozial und umweltschonend hergestellte Produkte sind so zu fördern, dass sie für die örtliche Bevölkerung attraktiver sind als Konkurrenzprodukte, die einen höheren Transportaufwand erfordern. Insbesondere Bio-Bauern, die heute durch die – hauptsächlich an der Größe der Anbaufläche ausgerichtete – Subventionspolitik der EU massiv gegenüber den großen Agrarbetrieben benachteiligt werden, müssten dabei eine größere Unterstützung erfahren.

### *Prinzip der Suffizienz*

Bei der Produktion neuer Güter sollte deren faktische Notwendigkeit für den Alltag und nicht die Schaffung künstlicher Anreize im Vordergrund stehen. Der Konsum darf nicht um seiner selbst gefördert werden, sondern muss stets ein Mittel zum Zweck eines erfüllten Lebens sein.

### *Prinzip der Solidarität*

Nicht alle müssen alles besitzen. Die jetzt schon vorhandenen Ansätze zu einer gemeinsamen Nutzung bestimmter Gebrauchsgegenstände sind gezielt zu fördern.

Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass eine solche "Sharing Economy" nicht selbst in jene Wachstumsspirale hineingerät, aus der sie ursprünglich Auswege aufzeigen wollte. Das Carsharing darf nicht zu einer Einschränkung des Nahverkehrs führen, das Couchsurfing nicht von Anbietern wie Airbnb als Geschäftsmodell instrumentalisiert werden, das die Wohnungsnot fördert und den Tourismus außer Kontrolle geraten lässt.

### *Prinzip der Humanität*

Wirtschaftsformen, die auf der Ausbeutung anderer beruhen, fördern soziale Konflikte, Krieg und Armut. Dies ist nicht nur inhuman, sondern hemmt auch die Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen. Ein Beispiel dafür ist der Export von Second-Hand-Kleidern nach Afrika, der den Aufbau einer einheimischen Textilindustrie behindert.

### *Prinzip der Naturverträglichkeit*

Eine nachhaltige Wirtschaft betrachtet die Natur nicht nur unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Nutzbarkeit. Sie schont sie deshalb nicht, um sie effektiver ausbeuten zu können, sondern weil sie auf der Einsicht aufbaut, dass ein harmonisches Miteinander von Mensch und Umwelt nicht nur die Natur schützt, sondern auch die Grundvoraussetzung für ein erfülltes Leben des Menschen ist.

### *Die politische Ebene*

Auf der allgemeineren, politisch-gesellschaftlichen Ebene müssten die Veränderungen in die folgende Richtung weisen:

#### *Veränderter Demokratiebegriff*

An die Stelle einer repräsentativen müsste eine reflexiv-diskursive Demokratie treten, in der die Einzelnen durch basisdemokratische Verfahren unmittelbar an der Lösung der Probleme beteiligt würden. So könnten sie ein differenzierteres Problemverständnis entwickeln, was die Chance auf eine Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen erhöhen würde.

#### *Veränderter Arbeitsbegriff*

Das derzeitige Sozialsystem führt zu einer doppelten Entmündigung und Entmutigung der Bürger. Ältere Menschen werden mit

Verweis auf knappe Kassen zu einem großen Teil mit würdelosen Taschengeld-Renten abgespeist. Und jüngere Menschen werden mit an Erpressung grenzenden Methoden in sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit gedrängt, um eben diese Kassen zu füllen. Dies geht, wie oben erläutert, mit der Förderung eines sich selbst verstärkenden, umweltzerstörerischen Wachstumskreislaufs aus Arbeit, Produktion und Konsum einher.

Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, ist folglich auch ein veränderter Arbeitsbegriff notwendig. Das enge, erwerbsförmige Verständnis von Arbeit müsste dabei durch einen erweiterten, bezahlungsunabhängigen Arbeitsbegriff ersetzt werden. Kindererziehung sowie häusliche Alten- und Krankenpflege würden dadurch endlich jene Anerkennung erfahren, die sie angesichts ihrer zentralen Bedeutung für die Gesellschaft verdienen.

Aktivitäten, die im Sinne von solidarischem Handeln oder von mehr Nachhaltigkeit wünschenswert sind, müssten dabei auch entsprechend gefördert werden. Beispiele hierfür sind etwa die im Freundeskreis organisierte Kinderbetreuung oder die "Repair Cafés", die sich mit ihrer Bemühung um die Reparatur oder Wiederverwertung funktionsuntüchtiger Produkte der Obsoleszenz widersetzen.

In einer monetär strukturierten Gesellschaft wäre es freilich unerlässlich, dass eine solche Erweiterung des Arbeitsbegriffs auch auf materieller Ebene ihren Niederschlag fände. Dafür müsste der bisherige paternalistische Sozialhilfe-Ansatz, der die Erwerbslosen zu Bettlern degradiert bzw. sie unter den Generalverdacht der Arbeitsverweigerung stellt und sie in erzieherische Zwangsmaßnahmen drängt, zugunsten eines die kreative Eigeninitiative der Einzelnen unterstützenden Konzepts überwunden werden.

Vorstellbar wäre etwa, dass ergänzend zu einem die Grundbedürfnisse abdeckenden Grundeinkommen ein Anrecht auf Bonuszahlungen für Formen bürgerschaftlichen Engagements erworben werden könnte. Die Finanzierung könnte über eine zusätzliche Besteuerung hoher Einkommen erfolgen.

### *Veränderter Bildungsbegriff*

Notwendig wäre ferner eine Neuausrichtung der schulischen Bildung, die sowohl in ihrer äußeren Struktur (längeres gemeinsames Lernen, Abschaffung der Notengebung, Förderung von Gemeinschaftsprojekten) als auch auf der inhaltlichen Ebene (z.B. Krankenpflege als Unterrichtsfach, Praktika im pflegerischen und erzieherischen Bereich) sozialer ausgerichtet sein müsste.

Daneben müsste Nachhaltigkeit im oben beschriebenen Sinne natürlich in allen Fächern ein zentraler Orientierungspunkt des Unterrichts sein – nicht im Sinne einzelner Themen, sondern im Sinne einer Haltung, die allen Unterrichtsgegenständen zugrundeliegt.

## "Glück" als Staatsziel?



*Kiran Hania: Kinder (Pixabay)*

## Der Staat als Garant des Fundaments individuellen Glücks in Bhutan

Ein Staat, der sich von einem auf äußerem, materiellem Wachstum beruhenden Bruttonationaleinkommen als zentraler Kennziffer für nationalen Wohlstand verabschieden und sich stattdessen am Beispiel des bhutanischen "Bruttonationalglücks" orientieren würde, sähe sich einer sehr grundsätzlichen Frage gegenüber: Was ist "Glück"? Und: Darf der Staat diese Frage überhaupt stellen? Ist dies nicht ein unzulässiger Eingriff in die Privatsphäre der Menschen, der erste Schritt hin zu einem totalitären Staat?

Schauen wir uns hierfür noch einmal das Beispiel Bhutan an. Dort bekennt man sich laut Karma Ura dazu, die Ermöglichung von Glück "als eine vorrangige Aufgabe staatlichen Handelns" anzusehen.

Während in den westlichen Ländern das Glück "eher als eine persönliche Angelegenheit" betrachtet werde, als "mögliches Nebenprodukt", das sich aus dem "hohe[n] Niveau an materiellen Gütern und an Konsum" ergebe, gehe man in Bhutan den umgekehrten Weg und frage zunächst danach, welche Bedingungen erfüllt sein müssten, um das Glück der Menschen zu gewährleisten.

Da man davon ausgehe, dass "Wohlfahrt nicht nur von materiellen Gütern, sondern auch von (...) spirituellem und emotionalem Wohlbefinden" abhängen, ergebe sich aus dem Leitbild des Bruttonationalglücks das allgemeine Ziel, "äußere und mentale Hindernisse aus dem Weg zu schaffen, die dem entgegenstehen" (alle Zitate aus Karma Ura 2010: 5 f.).



Auf der Ebene der "äußere[n] Hindernisse" werden in der Verfassung von Bhutan konkret die Bereiche der Gesundheit, der Bildung und des sozialen Friedens genannt. Hier sollen durch eine kostenlose Gesundheitsversorgung, eine allgemeine Schulbildung für alle bis zur 10. Klasse und die Verhinderung zu großer Einkommensunterschiede Hemmnisse für die Verwirklichung von Glück beseitigt werden (vgl. Pfaff 2011: 19). Das Verständnis der "mentale[n] Hindernisse" und der Wege zu ihrer Überwindung ergibt sich aus der Tradition der buddhistischen Philosophie, mit der die Kultur Bhutans eng verbunden ist.

Die Definition dessen, was unter "Glück" zu verstehen sei, bleibt in der bhutanischen Verfassung absichtlich vage. Sie schreibt den Einzelnen nicht vor, auf welchem Weg sie glücklich werden sollen. Sie verpflichtet allerdings den Staat, Hürden zu beseitigen, die den Menschen bei der Verwirklichung ihrer individuellen Glücksvorstellungen im Wege stehen könnten.

### Leben in Bhutan: Ideal und Wirklichkeit

Trotz der hehren Verfassungsziele ist Bhutan sicher keine Insel der Seligen. Dies liegt schon daran, dass eine Insel in den Bergen, wie es Bhutan als zwischen den Gebirgsriesen des Himalaya eingeklemmtes Land de facto ist, zu klein ist, um sich völlig gegen die globalisierte Welt der Gegenwart abzuschotten.

Genau das hat das Land aber lange versucht. Erst 1999 hat Bhutan – als letztes Land der Welt – das Fernsehen eingeführt, kurz danach auch das Internet und Mobiltelefone. Die Öffnung dieses Fensters zur Welt war für das Ziel des "Bruttonationalglücks" allerdings eher kontraproduktiv. Vor allem Jugendliche

sehen sich seitdem nach einem Leben in der medial vermittelten Glitzerwelt des Kapitalismus, der sie ihr eigenes, oft kärgliches Leben gegenüberstellen.

Zur Unzufriedenheit trägt nicht nur die Tatsache bei, dass die Regierung allen Anstrengungen zum Trotz die klimatisch herausfordernden Lebensbedingungen in über 2.000 Metern Höhe nicht verändern kann. Das Land ist zudem politisch und wirtschaftlich stark von Indien abhängig, an dessen Währung die eigene Währung gekoppelt ist. Das schränkt die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit ein und erschwert so auch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, unter der vor allem junge Menschen zu leiden haben.

Ein zentraler Wirtschaftsfaktor ist in Bhutan der Tourismus. Um diesen einerseits nicht überhandnehmen zu lassen, ihn andererseits aber profitabel zu halten, erhebt das Land eine Art Eintritt für die Einreise, der zwischen 200 und 250 Dollar pro Tag und Person beträgt.

Die Folge ist, dass die Bevölkerung ein schiefes Bild vom Rest der Welt erhält, da sie nur den obersten Teil der Vermögenspyramide zu Gesicht bekommt. Dies kann Unzufriedenheitsgefühle verstärken. Hinzu kommt, dass die hohen "Eintrittspreise" auch dem proklamierten Staatsziel eines Glücks für alle widersprechen, da sie den Großteil der Weltbevölkerung von einer Reise in das "Land des Glücks" ausschließen.

Auf einer Linie hiermit liegen fremdenfeindliche Tendenzen, die sich seit den 1980er Jahren insbesondere gegen aus Nepal eingewanderte Volksschichten im Süden Bhutans richten. Diese wurden teilweise vertrieben, teilweise aber auch gezwungen, sich an die Kultur der bhutanischen Oberschicht anzupassen.

Dies offenbart auch ein grundsätzliches Problem bei der Bestimmung des "Bruttonationalglücks". Implizit richtet sich dessen Definition offenbar an religiösen und kulturellen Traditionen aus, die nicht alle Menschen in Bhutan als Grundlage für ihr persönliches Glück ansehen. So kann die staatliche Intention der Glücksförderung subjektiv eben doch als Zwang zu einer bestimmten Sichtweise von Glück verstanden werden (vgl. Steinbuch/Marek 2021; Reinecke 2022).

### Erschwerung individuellen Glücks durch die Wachstumsideologie

Anspruch und Wirklichkeit klaffen in Bhutan also weit auseinander. Dies bedeutet allerdings nicht notwendigerweise, dass die Idee, das Glück jedes Einzelnen als Zielvorgabe in der Verfassung zu verankern, eine schlechte Idee wäre. Die gesellschaftliche Realität Bhutans zeigt lediglich, wie konsequent man dabei darauf achten muss, nur das Fundament für das persönliche Glück zu legen und nicht bewusst oder unbewusst eine bestimmte Form für dieses vorzugeben.

Vor allem aber bedeutet die Tatsache, dass dies in Bhutan einstweilen noch nicht reibungslos funktioniert, nicht, dass an der Wachstumswirtschaft ausgerichtete Gesellschaftsmodelle dem bhutanischen in dieser Hinsicht überlegen wären. Vielmehr ergeben sich auch aus der Wachstumsideologie implizit bestimmte Vorstellungen vom "richtigen" Leben. Der "freie" Westen ist gerade in diesem Punkt keineswegs so frei, wie er sich selbst sieht.

Zwar gehört die Behauptung, dass jeder "nach seiner Façon selig werden" solle, zum festen Bestandteil von Glaubensdogmen der

westlichen Welt. In der Praxis legitimiert dies aber vor allem den Rückzug des Staates aus jenen Bereichen, die in Bhutan als Fundament des persönlichen Glücks gefördert werden, also etwa aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen oder der Wohnungsförderung.

Dass "jeder seines Glückes Schmied" ist, wird zudem allzu oft so verstanden, dass auch jeder für sein Unglück selbst verantwortlich ist. Die angebliche Nichteinmischung des Staates in die Glücksvorstellungen der Einzelnen führt so de facto zu einer Verschleierung von strukturell bedingter Armut und sozialer Benachteiligung.

Vor allem aber zwingt die Wachstumswirtschaft die Einzelnen, wie oben dargelegt, in eine Spirale aus entfremdeter Arbeit und kompensatorischem Konsum, die das genaue Gegenteil optimaler Voraussetzungen für das Erreichen individuellen Glücks darstellt. Die Überwindung der Wachstumsideologie ist daher nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch im Interesse der Ermöglichung eines glücklicheren Lebens der einzelnen Menschen erstrebenswert.

## Literatur

- Dixson-Decléve, Sandrine: Earth for all. München 2022: Oekom [Jubiläumsstudie 50 Jahre nach den "Limits to Growth" – vgl. Meadows et al. –, herausgegeben vom Club of Rome].
- Hänggi, Marcel: Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt. Zürich 2008: Rotpunktverlag.
- Karma Ura: Die Entwicklungsstory von Bhutan. In: Fremuth, Michael L. / Kulesa, Manfred / Weiler Thomas (Hgg.): [Glückseligkeit des Drachens – die Philosophie des Glücks in Bhutan und anderswo](#) (Seminarreihe der Deutschen Bhutan Himalaya Gesellschaft), S. 5 – 11. Bonn 2010: Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Nordrhein-Westfalen.
- Layard, Richard: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt/Main und New York 2005: Campus.
- Linz, Manfred: Weder Mangel noch Übermaß. Über Suffizienz und Suffizienzforschung. Wuppertal 2014: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Wuppertal Papers Nr. 145).
- Mazar, Nina / Zhong, Chen-Bo: [Do Green Products Make Us Better People?](#) In: Psychological Science 21 (2010), S. 494 – 498.
- Meadows, Donella / Meadows, Dennis / Randers, Jørgen / Behrens, William W.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart 1972: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Meadows, Donella / Meadows, Dennis / Randers, Jørgen: Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen. Stuttgart 1992: Deutsche Verlags-Anstalt.

- Dies.: Limits to Growth: Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update. Signal zum Kurswechsel (engl. 2004). Stuttgart 2006: Hirzel.
- Paech, Niko: Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie. Warum weiteres wirtschaftliches Wachstum keine zukunftsfähige Option ist. In: Woynowski u.a., S. 2 – 11 (= Paech 2012a).
- Ders.: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München 2012b: Oekom.
- Ders.: [Klimaschutz und Green Growth sind unvereinbar](#). Blog Postwachstum, 25. Juli 2014.
- Pfaff, Tobias: [Das Bruttonationalglück aus ordnungspolitischer Sicht](#) – eine Analyse des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von Bhutan. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Working Paper Series, Nr. 182, Juli 2011.
- Randers, Jørgen: 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. München 2012: Oekom.
- RB: [Das Windstromkartell](#). Wie die Windkraftlobby zur Durchsetzung ihrer Ziele Natur, Gesundheit und Demokratie schädigt (als E-Book erhältlich unter dem Titel *Kritik der Windkraft*); rotherbaron.com, Juli 2023. Kurzfassung: [Das Heilige Windrad als Höllenmaschine](#). Natur- und klimaschädliche Auswirkungen der Windkraft.
- Reinecke, Milena: [Bhutans Bruttonationalglück: Ein buddhistischer Weg aus dem Kapitalismus?](#) Deutschlandfunk Kultur, 17. Juli 2022.
- Saito, Kohei: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus. München 2023: dtv.

Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea: Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg 2019: Junius.

Seidl, Irmi / Zahrnt, Angelika (Hgg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg 2010: Metropolis.

Dies.: Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik in den "Limits to growth". Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft. In: Woynowski u.a., S. 15 – 29.

Steinbuch, Anja / Marek, Michael: [Verordnetes Glück in Bhutan? – Unterwegs im Himalaya-Staat.](#) Westdeutscher Rundfunk, Feature, 11. Juli 2021.

Woynowski, Boris u.a. (Hgg.): [Wirtschaft ohne Wachstum?!](#) Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende. Freiburg (Brsg.) 2012: Institut für Forstökonomie (Arbeitsbericht 59 – 2012).

*Aktuelle Infos zu Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Blog-Beiträgen zum Thema Degrowth/Postwachstum finden sich auf [degrowth.org](https://degrowth.org): Research and Degrowth. An academic association dedicated to research, training, awareness raising and events organization around degrowth.*